

Armutsgeschäfte (II) 18.02.2010

BERLIN/BONN (Eigener Bericht) - Durch die Vergabe von Milliardensubventionen an deutsche Unternehmen will Berlin die Erschließung von "Zukunftsmärkten" in den Armutszonen des Südens ausbauen. Dies geht aus aktuellen Publikationen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hervor. Erklärtes Ziel ist es demnach, auch noch die geringe Kaufkraft der Armen für die eigene ökonomische Expansion zu nutzen - etwa durch die Übernahme vormals staatlicher Infrastruktur in Entwicklungsländern. Hierzu sollen in erster Linie "strategische Allianzen" in Form sogenannter Public Private Partnerships (PPP) zwischen deutschen Firmen und staatlichen Stellen beitragen. Offiziell firmiert das Programm zur forcierten wirtschaftlichen Durchdringung des Südens unter dem Schlagwort der "Armutsbekämpfung". Den beteiligten Unternehmen wird eine "soziale Verantwortung" zugeschrieben - unter Beibehaltung des Prinzips der Gewinnmaximierung.

Wenig erschlossene Märkte

Wie aus aktuellen Publikationen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hervorgeht, sollen die Menschen in den Armutszonen des Südens zukünftig noch stärker als bisher nicht nur als billige Arbeitskräfte, sondern auch als Konsumenten metropolitaner Waren und Dienstleistungen fungieren. Die "Märkte der Armen" seien bisher "wenig erschlossen" - und das, obwohl sich hier "erhebliche Umsätze" erzielen ließen, heißt es. Zwar müssten knapp sieben Milliarden Menschen mit weniger als acht US-Dollar täglich auskommen, ihre "aggregierte Kaufkraft" jedoch betrage fünf Billionen US-Dollar jährlich und sei daher "nicht zu vernachlässigen". Da außerdem damit zu rechnen sei, dass zumindest einige der armen Bevölkerungsschichten in den nächsten Jahrzehnten wohlhabender würden, könnten sich "Markenbindungen", die deutsche Unternehmen bereits heute mit Hilfe der Entwicklungspolitik aufbauten, in Zukunft "umso bezahlter machen", erklärt das BMZ.[1]

Strategische Allianzen

Um die Erschließung der "Märkte der Armen" voranzutreiben, bietet das BMZ interessierten Firmen milliardenschwere Unterstützung in Form sogenannter Public-Private-Partnership-Projekte an.[2] Mit Hilfe dieser PPP-Projekte könnten "entwicklungspolitische Herausforderungen in unternehmerische Chancen verwandelt werden", erklärt das Ministerium. Im Zentrum der Überlegungen steht nach wie vor die "Privatisierung vormals staatlicher Industrie- oder Dienstleistungseinrichtungen", obwohl diese sich in der Vergangenheit keineswegs "armutsmindernd" ausgewirkt, sondern massiv zur Verelendung breiter Bevölkerungskreise in den Ländern des Südens beigetragen hat. Insgesamt gelte es, schreibt das BMZ weiter, "strategische Allianzen" zwischen Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik zu schmieden; diese Allianzen müssten "ganze Sektoren umfassen" und "weltweit unterschiedliche Akteure aus Industrie, Handel, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie anderen nationalen und internationalen Organisationen zusammen(bringen)".[3]

Vorsichtsmaßnahmen

Zwar fordert das BMZ von den Firmen und Wirtschaftsverbänden, die sich an diesen "strategischen Allianzen" beteiligen, die Einhaltung gewisser Sozial- und Umweltstandards; allerdings sollen diese vorrangig implementiert werden, weil sie zur Profitmaximierung nützlich sind: Da international eine Verschärfung der "Strafverfolgung von Unternehmen aufgrund von Fehlverhalten im Ausland" zu beobachten sei - etwa aufgrund der "Verletzung von Menschenrechten" und "Korruptionsverbrechen" -, müsse "soziale Verantwortung" ("Corporate Social Responsibility", CSR) demonstriert werden, erklärt das Ministerium. Auf diese Weise könnten gerade in Entwicklungsländern tätige Firmen den "Risiken" vorbeugen, "hohe Bußgelder" bezahlen zu müssen oder von internationalen Ausschreibungen ausgeschlossen zu werden, heißt es.[4]

Einflussmittel

Gleichzeitig bietet die Implementierung bestimmter Sozial- und Umweltstandards die Möglichkeit, tiefgreifenden Einfluss auf die Wirtschafts- und Innenpolitik der als Expansionsphäre vorgesehenen Entwicklungsländer zu nehmen. Dies

geschieht unter anderem durch die Entsendung entsprechender "Berater" und "Führungskräfte", mit denen Berlin die Einführung solcher Standards begleitet; dabei handelt es sich um eine Schwerpunktaufgabe von Organisationen wie dem "Centrum für Internationale Migration" (CIM) oder der Sequa GmbH.[5] Dass hierbei keinesfalls daran gedacht ist, das privatwirtschaftliche Gewinnstreben zugunsten der Armutsbekämpfung zurückzustellen, zeigt bereits das Aufgabenprofil der letztgenannten Einrichtung: Bei der Sequa GmbH handelt es sich um eine "Dienstleistungsorganisation" des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH).[6]

Gelungener Werbeeffect

Umgekehrt eröffnet ein Bekenntnis zu den Prinzipien der "Nachhaltigkeit" - ein Modebegriff, mit dem Ressourcenschonung und Einhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Mindeststandards bezeichnet werden - transnational operierenden Konzernen verbesserte Absatzchancen für ihre Waren bei den zahlungskräftigen Mittelschichten der westlichen Metropolen. Die etwa unter dem Etikett des "fairen Handels" demonstrierte "Corporate Social Responsibility" erweist sich bei Kundengruppen, die als "kritisch" oder "engagiert" gelten und wegen ihrer überdurchschnittlichen Einkommen von den Konzernen umworben werden, als gelungener Werbeeffect.

[1] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Geschäfte für Entwicklung - Bewertung des BoP-Ansatzes aus entwicklungspolitischer Sicht. Bonn/Berlin 2009

[2] s. dazu [Armuts-geschäfte \(I\)](#)

[3] BMZ: Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft - Public Private Partnerships (PPP). Jahresbericht 2008. Bonn/Berlin 2009

[4] BMZ: Unternehmerische Verantwortung aus entwicklungspolitischer Perspektive. Bonn/Berlin 2009

[5] BMZ: Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft - Public Private Partnerships (PPP). Jahresbericht 2008. Bonn/Berlin 2009

[6] www.sequa.de

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com